

Verantwortl. Redakteur: H. D. Köhler in Stettin.  
Verleger und Drucker: H. Graßmann in Stettin, Kirchplatz 3-4.

Bezugspreis: in Stettin monatlich 50 Pf., in Deutschland 2 M.  
vierteljährlich 1 M. 50 Pf., halbjährlich 2 M. 50 Pf., jährlich 4 M. 50 Pf.  
Liefert das Blatt 50 Pf. mehr.

Anzeigen: die Zeitspaltel oder deren Raum im Morgenblatt  
15 Pf., im Abendblatt und Beilagen 30 Pf.

Annahme von Inseraten Kirchplatz 10 und Kirchplatz 3.

Agenturen in Deutschland: In allen größeren  
Städten Deutschlands: R. Mosse, Haasenstein & Vogler  
G. L. Daube, Invalidendank. Berlin Bernh. Arndt, Max  
Gerstmann, Elberfeld W. Thienes, Greiswald G. Illies,  
Halle a. S. Jul. Barck & Co. Hamburg Joh. Nootbaar, A.  
Steiner, William Wilkens. In Berlin, Hamburg u. Frank-  
furt a. M. Heinr. Eisler. Kopenhagen Aug. J. Wolf & Co.

## Deutschland.

**Berlin, 26. Mai.** Der Gesamtvorstand der Berliner Gewerbe-Ausstellung von 1896 hat in Anwesenheit von 65 Mitgliedern gestern Abend in seiner Sitzung im Kaiserhof mit allen gegen 5 Stimmen beschlossen, sich aufzulösen und den Arbeitsausschuss zu beauftragen, das Unternehmen zu liquidieren. Gleichzeitig ist beschlossen worden, das gesamte Aktien-Material einem neu zu bildenden Komitee zu übergeben, welches eine Ausstellung in Treptow veranstalten will. Die Beschlüsse lauten:

„In Erwägung, daß eine Berliner Gewerbe-Ausstellung, die das ganze Können des Berliner Gewerbes, des Kleinwerkes wie der Großindustrie, zur Darstellung bringen soll, sich nicht anders als durch das freudige Zusammenwirken aller beruflichen Kräfte ermöglichen läßt, daß aber die Unvereinbarkeit der Meinungen schon in Bezug auf die Platzfrage entstanden ist, daß ein Mitglied des Arbeitsausschusses in Folge der Abstimmung des Gesamtvorstandes über die Platzfrage ausgeschieden ist, wodurch nach Ansicht der Rechtsgutachter die Garantiescheine hinfällig geworden sind, daß von dem ausgeschiedenen Mitgliede des Arbeitsausschusses dem geschäftsführenden Ausschuss die Erklärung abgegeben worden ist, unter allen Umständen im Treptower Park eine eigene Ausstellung zu veranstalten, beschließt der Gesamtvorstand: a) den in der Gesamtvorstandssitzung vom 21. Mai gefassten Beschlüssen nicht zur Ausführung zu bringen, b) sämtlichen Garantiescheine zurücknehmen, c) sich aufzulösen, um nichts zu verabsäumen, was dem Gemeininteresse irgend dienen könnte, d) die Aktien der Ausstellung und die seit herigen Vorarbeiten einem etwa neu sich bildenden Komitee zur Verfügung zu halten. e) Die Ausführung dieser Beschlüsse wird dem derzeitigen Arbeitsausschuss übertragen.“

Die Annahme dieser Beschlüsse bedeutet nicht ein Miß in der Ausstellungsfrage, sondern vielmehr eine Versöhnung. Nach allem, was vorangegangen, erschien es denen, welche bisher für die Ausstellung gewesen sind, unmöglich, dem Wunsch der Freunde Treptows, wie er vielfach in der Versammlung geäußert wurde, nachzukommen, nun einfach für Treptow zu stimmen und die Geschäfte weiterzuführen. In allen Neben kam zum Ausdruck, daß dies Auskunftsmitglied das Beste sei, um reinen Tisch zu machen und auf der vorhandenen Grundlage schnell ein neues Gebäude aufzurichten.

Bei der Reichstags-Erstwahl im Wahlkreis Plauen i. V. sind bisher für Uebel (Kartell-Kandidat) 5994, für Schubert (Antikemler) 3773, für Schwarze (freiwirtschaftliche Volkspartei) 1998 und für Gerlich (Sozialdemokrat) 999 Stimmen gezählt. Es ist somit Stichwahl zwischen Gerlich und Uebel erforderlich.

Manche glauben, daß auf die Haltung der Spanier plötzlich Deutschland gegenüber eingewirkt hat, französische Einflüsse nicht ganz ohne Einfluß gewesen sein dürften. Ganz unmöglich ist das nicht, wenn man bedenkt, welche Neuerungen von derselben Seite gemacht wurden, um der deutschen Spitzeneinfuhr in Spanien den Boden abzugraben. Auf die Thorheit der Vorwürfe, in denen sich ein Teil der spanischen Presse ergiebt, zu können glaubt, ist bereits hingewiesen worden. Nicht die deutsche Regierung ist es, die den Streit herbeigeführt hat; diese ist zu Recht passiv geblieben, als die Anwendung des spanischen Majoratstums auf die deutsche Einfuhr amtlich angekündigt worden war. Wie in früheren Jahren, so hat auch die jetzige Regierung Spanien gegenüber weites Entgegenkommen gezeigt; und wenn die spanische Presse nicht eben so vergesslich wäre, wie sie sich nun kundig in allem, was deutsche Verhältnisse betrifft, zeigt, so müßte ihre Sprache auch im gegenwärtigen Augenblick ganz anders klingen. Inzwischen Dankbarkeit ist ein Begriff, den das politische Vokabular nicht kennt, und es ist auch sicher nicht die Erwartung besonderer Dankbarkeit gewesen, die Deutschland wiederholt in den siebziger und achtziger Jahren veranlaßt hat, sich den Regierungen in Spanien gefällig zu erwiesen. Was unser Handelsverkehr mit Spanien betrifft, so hält er mit dem Frankreichs und Englands einen Vergleich nicht aus, jetzt zumal, wo unsere Spitzeneinfuhr, die in den achtziger Jahren einen so glänzenden Aufschwung genommen hatte, durch die spanische Zollgesetzgebung so gut wie ganz aufgehoben ist. Immerhin hat der Verkehr aber auch heute noch einen Umfang, der uns die baldige Beilegung des Krieges als wünschenswert erscheinen lassen muß, gleichwie sie auch im wohlverstandenen Interesse der spanischen Produktion liegt. Aber dazu bedarf es des Einlenkens von spanischer Seite. Daß die Brückung Deutschlands nicht die Wirkung haben kann, von Deutschland noch größere Zugeständnisse zu erlangen, als sie in dem vereinbarten Handelsvertrage zugestanden waren, ist erst neulich wieder von offizieller Seite unabweisend ausgesprochen worden. Und auch die spanische Regierung kann aus dem Verlaufe der Zollverhandlungen nicht eine gegenseitige Auffassung geschöpft haben.

Das vom kaiserlichen Statistischen Amt veröffentlichte Verzeichnis der monatlichen Nachweise über den auswärtigen Handel des deutschen Zollgebiets schließt in der Einfuhr für den April d. J. ab mit 26 601 514 (100) Kg. gegen 23 628 435 (100) Kg. des gleichen Vorjahresmonats, also um 2 973 079 (100) Kg. mehr. In den 4 ersten Monaten des Jahres 1894 betrug die Einfuhr 92 950 427 (100) Kg. gegen 83 249 496 (100) Kg. im gleichen Zeitabschnitt des Vorjahres, also um 9 700 931 (100) Kg. mehr. Die Einfuhr ist also im ganzen um 11,7 Prozent, im April aber allein um 12,6 Prozent gestiegen. Die Einfuhr hat sich zum Teil bei Getreide und landwirtschaftlichen Erzeugnissen, bei Abfällen, Oelen und Fetten und Steinen gehoben. Die Stein- und Braunkohlen, deren Einfuhr bis Ende März 1894 um 839 787 (100) Kg. gegen das erste Viertel des Jahres 1893 gestiegen war, hat sich im April d. J. gegen den Vorjahresmonat um 178 412 (100) Kg. vermindert. Die Einfuhr des Monats April 1894 ist um 106 562 (100) Kg. gegen den Vorjahresmonat zurückgegangen, indem im April 1894 um 17 042 222 (100) Kg. gegen 17 210 784 (100) Kg. des Vorjahresmonats ausgeführt worden sind. Insbesondere hat die Dr. 25 des Zolltariffs in der Einfuhr an Rohzucker, Melasse und Wein gehoben. Auch die Einfuhr von Chemikalien und pharmazeutischen Präparaten ist zurückgegangen bei Alizarin und Anilinfarbstoffen. Die Gesamt-

ausfuhr der ersten vier Monate des Jahres 1894 ergibt mit 68 062 521 (100) Kg. gegen 65 918 763 (100) Kg. des gleichen Zeitraums im Vorjahre noch ein Mehr von 2 143 758 (100) Kg., hat also um 3,2 Prozent zugenommen. Hierbei ist hauptsächlich die Dr. 6 des Zolltariffs (Eisen und Eisenwaren) bemerkenswert, welche nicht bloß für das erste Drittel des Jahres 1894 ein Ausfuhr-Mehrquantum von 759 811 (100) Kg., sondern auch im April 1894 ein solches von 280 252 (100) Kg. nachweist. Ebenso zeigt die Dr. 15 des Zolltariffs (Maschinen-Industrie u.) eine Ausfuhrsteigerung von 55 441 (100) Kg. im Januar/April 1894 und von 48 641 (100) Kg. allein im April 1894. Gestiegen ist auch die Ausfuhr von Steinen und Steinwaren, Stein- und Braunkohlen, Thon- und Porzellanwaren. Am meisten zurückgegangen ist die Ausfuhr von Getreide und landwirtschaftlichen Erzeugnissen.

— Betreffs des Prozesses gegen Herrn von Thüngen bringt die dabei beteiligte „Neue Vair. Landesztg.“ folgende auffallende Mitteilung, die wir wiedergeben, weil sie durch die Presse zu gehen beginnt und weil sie vermutlich weitere Erörterungen hervorruft:

„Zahllose verbitterte Anfragen sind uns dem Feiertage an uns gerichtet worden: Was sagt der Regent dazu? — Aus zuverlässigster Quelle können wir die Mitteilung machen, daß unser Regent mit der Zitiierung des Herrn v. Thüngen und des Reichsgerichts für einen preussischen Gerichtshof nicht bloß nicht einverstanden ist, sondern darüber sehr aufgebracht war und den Justizminister zum Vortrag über die Angelegenheit berief. Aus der Unterredung schöpft man die Meinung, daß der Regent, in der Kammer zu erklären, daß er die Erhebung einer Anklage in Berlin gegen eine bayerische Zeitung für bedenklich halte. (Die Erklärung des bayerischen Ministers und die Veranlassung dazu wurde dann nach Berlin berichtet und nun fand auf einmal auch der preussische Oberstaatsanwalt, daß die von ihm in eigener Person begründete Anklage bedenklich sei. Er stellte den Antrag, das wegen der Veröffentlichung in der „Neuen Baitischen Landeszeitung“ angeklagte Verfahren einzustellen und nur wegen des Nachdruckes im Berliner „Volk“ weiter vorzugehen. Er begründete dies auch damit, daß der Reichsanwalt Capriotti hierwegen keinen Strafantrag gestellt habe. Sonderbar! Als Redakteur Memminger vom Herrn Kriminalkommissar daher zum ersten Male verhört wurde, fragte M. sofort, ob der Strafantrag vorliege. Und der Herr Kommissar, der die Akten vor sich hatte, erwiderte: Ja, der Antrag liegt vor. Wo ist nun der Antrag hingekommen? Hat man auch ihn bedenklich gefunden, nachdem man in Berlin von der Stimmung unseres Prinzregenten Kenntnis erhalten hatte? Oder liegt wieder bloß eine „Verwirrung“ vor?“

Die „Nat.-Ztg.“ bemerkt dazu: „Die Mitteilung ist ganz im Stil des fortwährenden unvernünftigen Aufhebens von dem Umstände, daß der Freiher von Thüngen-Nachbarn wie ein gewöhnlicher Sclerlicher vor Gericht gestellt wurde. Ueber die angebliche Thatsache, daß der Prinzregent wegen der Zitiierung eines Bayern vor ein preussisches Gericht „aufgebracht“ gewesen und über die behaupteten Folgen davon worden wohl weitere Mitteilungen erfolgen. Bekanntlich ist es übrigens dabei geblieben, daß Herr von Thüngen vor die Berliner Strafkammer „vorgeliefert“ wird.“

Wie dringlich in Preußen die Medizinalreform ist, beweist eine Mitteilung über eine Flecktyphus-Epidemie im Kreise Strassburg in Westpreußen in den neuesten „Berichtungen des kaiserlichen Gesundheitsamtes“. Es heißt dort:

„Im Kreise Strassburg sind einer Mitteilung vom 14. April zufolge insgesamt 22 Erkrankungen, darunter 3 mit tödlichem Ausgang festgestellt worden. Der erste Fall trat bereits Mitte Januar in einem unmittelbar an der russischen Grenze gelegenen Orte bei einem aus Russisch-Polen stammenden Arbeiter auf, der sich wahrscheinlich durch den Verkehr mit Personen aus dem russischen Grenzgebiete infiziert hat. Ende Januar bezog Anfang Februar übertrag sich die Krankheit auf zwei mit ihm zusammenwohnende Arbeiter, von diesen auf einen Gutsarbeiter, alsdann noch auf neun Personen. Durch einen der zuerst Erkrankten wurde die Seuche nach einem 5 Km. von Strassburg entfernten Orte verschleppt, woselbst fünf seiner Angehörigen erkrankten und einer starb. Durch den Verkehr mit dieser Familie zog sich der Lehrer die Krankheit zu, die bei ihm mit dem Tode endete. Auf Veranlassung des Kreisphysikus, der die Kranken am 17. März amtlich untersuchte, erfolgte deren Ueberführung nach dem Krankenhaus zu Strassburg. Hier übertrug sich der Flecktyphus auf den Krankenhauswärter und auf einen wegen eines anderen Lebens in Behandlung befindlichen Kranken. Der Kreisphysikus, der sich bei der Untersuchung am 17. März infiziert hatte, wurde am 24. desselben Monats bettlägerig und starb am 5. April.“

Dazu schreibt die „Voss. Ztg.“: „Die preussischen Kreisphysiker sind bezüglich des Dienstes nicht penfionsberechtigt. Von Staats wegen braucht deshalb für die Hinterbliebenen des in der Ausübung des sanitätspolizeilichen Dienstes um sein Leben gekommenen Strassburger Physikus nicht das geringste zu geschehen. In anderen deutschen Staaten ist in dieser Hinsicht besser gesorgt als in Preußen. In Baden, Bayern, Württemberg, im Königreich Sachsen, in Sachsen-Weimar und in Lippe haben die beamteten Ärzte das Recht auf Pension, das zugleich auch ihren Hinterbliebenen zu Gute kommt. Noch in anderer Hinsicht ist die Mitteilung von Interesse. Es heißt darin, daß der Flecktyphus auch auf einen wegen eines anderen Lebens in Strassburger Krankenhaus untergebrachten Patienten übertragen wurde. Der Flecktyphus überträgt leicht übertragbar wird, ist von Alters her bekannt. Ärzte und Wärter, die mit Flecktyphuskranken zu thun haben, sind sehr gefährdet. Daß aber der Flecktyphus innerhalb des Krankenhauses auf andere Kranke übertragen wird, das muß verhindert werden. Kommt eine Verschleppung dieser Art vor, so kann zweierlei daran schuld sein. Es ist möglich, daß die Räumlichkeiten des Krankenhauses nicht ausreichen und nicht gestatten, die Typhuskranken so zu isolieren, wie es nötig ist. Außerdem aber bleibt zu untersuchen, ob nicht das Wartepersonal den Krankheitsstoff auf andere erkrankte Insassen des Hospitals verschleppt hat. Zu Krankenhäusern, wie dem Strassburger, pflegt man nur je einen Wärter und

eine Wärterin anzustellen. Zumeist wählt man ein Ehepaar, dem zugleich die Verpflegung der Kranken übergeben wird. Für gewöhnliche Zeiten mag eine solche Wartung wohl ausreichen. Sobald aber Personen mit ansteckenden Krankheiten im Hospitale liegen, haben sie einen eigenen Wärter nötig, dem der Zutritt zu anderen Kranken auf das strengste zu unterzogen ist. Das Strassburger Vorkommnis zeigt, wie sehr noch in kleineren Städten das Krankenhauswesen im Argen liegt und wie viel hierin noch den Kommunalverbänden zu thun bleibt.“

## Österreich-Ungarn.

**Klaufenburg, 25. Mai.** Memorandum-prozess. Auf Grund des Verdachts der Geschworenen wurden die Angeklagten, ausgenommen Adolphus Ratin, Muntan und Duma, wegen Aufreizung zu Gefängnisstrafen von acht Monaten bis zu 5 Jahren verurteilt; die höchste Strafe, fünf Jahre Gefängnis, wurde gegen Kufazin erkannt. Außerdem wurden die Angeklagten zu solidarischer Tragung der Kosten, der Veröffentlichung des Urteils sammt Begründung in den rumänischen, ungarischen und deutschen Landesblättern verurteilt.

## Frankreich.

**Paris, 25. Mai.** Die Zeitung „Soleil“ meldet, Cassimir Perier sei wegen des englisch-belgischen Afrikaertrages zurückgetreten, der Frankreich vor die Wahl stelle, eine diplomatische Niederlage zu erleiden oder England herauszufordern. Perier wollte diese Wahl seinem Nachfolger überlassen. Die Zeitungen setzen ihren Widerspruch gegen den Vertrag fort und sprechen von einem „Blindnis“ Englands, Deutschlands und des Russenreiches gegen die französischen Interessen in Afrika.

**Paris, 25. Mai.** Wie in unternommenen Kreisen verlautet, wünscht Bourgeois sich erst mit Freunden zu beraten, bevor er sich darüber erklärt, ob er willens sei, die Neubildung des Kabinetts zu übernehmen. Peytral geht Bourgeois bei den Vorverhandlungen zur Hand.

**Paris, 25. Mai.** Bourgeois lehnte es ab, die Neubildung des Kabinetts zu übernehmen, willigte jedoch ein, in ein radikales Kabinett einzutreten. Drillon wurde ins Elisee berufen.

## Stettiner Nachrichten.

**Stettin, 26. Mai.** Wir erhalten folgendes Eingekant:

**Was in der Welt vorgeht und wohin wir treiben.**

Das nachstehende Schreiben, welches an einen Kolonialwarenhändler gerichtet und massenhaft an Bäder, Schlächter, Kaufleute aller Branchen, überhaupt an Gewerbetreibende aller Art gelangte, beschriftete am 23. d. M. in seiner Sitzung den „Verein Stettiner Kaufleute“.

Herrn . . . . . Stettin.

Stettin, 16. Mai 1894.  
Mit gegenseitigem Erlaube ich mir die höfliche Anfrage, welchen höchsten Rabatt Sie den Mitgliedern einer größeren hauptsächlich aus Familien bestehenden Vereinigung für Ihre Waren gewähren würden. Ich bemerke hierbei ausdrücklich, daß der Name Ihrer Firma nicht in die Öffentlichkeit gelangt, daß die Mitglieder bei Ihnen den vollen Betrag bezahlen und daß die Verrechnung des Rabattes sowohl Ihnen als den betr. Mitgliedern gegenüber nur durch mich erfolgen würde, so daß für Sie keinerlei Schwierigkeit entsteht. Eine Kontrolle läßt sich mühelos ermöglichen. Die Mitglieder wünschen den Kaufzwang nicht, immerhin glaube ich aber, Ihnen eine ziemlich bedeutende Jahresentnahme zusichern zu können, da die Vereinigung jetzt schon circa 100 Familien umfaßt, einer weiteren bedeutenden Ausdehnung entgegensteht und es im eigenen Interesse der einzelnen Mitglieder liegen wird, ihren Bedarf bei Ihnen zu decken, wenn sie dadurch in den Genuß eines so hohen Rabattes (von anderen Branchen sind schon 10—15 Prozent und von der übrigen 8 Prozent zugestanden) treten können. Vorausgesetzt würden allerdings vorläufig nur die in Ihrer Gegend wohnhaften Mitglieder bei Ihnen kaufen. Ich sehe gerne Ihrer gefäll. umgehenden Rückantwort entgegen und empfehle mich Ihnen inzwischen

Dochachtungsvoll

Otto F. Pfasse, Bureau Königsstraße 9.  
Von unserm Gewährsmann interpelliert, gesteht Herr F. zu, daß der oben beregte Verein noch nicht existiert. Er sammelt zunächst in allen Stadtteilen Gewerbetreibende aller Art, welche sich zu einem entsprechenden Rabatte verstehen, trete dann mit der ausgewählten Liste von Haus zu Haus an die Hausfrauen heran, um diesen klarzumachen, daß sie mühelos gleich den hiesigen Beamten bei allen ihren Einkäufen einen hohen Prozentsatz sparen könnten, wenn sie sich der vorliegenden Erkennungsliste und des Blocks bedienen, auf welchem sie nur den Betrag, für den sie eingekauft haben, vermerken ließen. Kosten entständen den Käuferinnen keinerlei. Er würde dann am Monats- oder Quartalschluß die Zettel abholen, die Rabatte kassieren und ihnen dieselben darauf zustellen. Uebervorteilt könnten die Käufer nicht werden, da sie ja erst die Blocks vorzulegen brauchen, wenn sie die Waren gekauft und bezahlt hätten.

Auf die Frage, welcher Kolonialwarenhändler 8 Prozent geboten habe, dies wäre doch etwas hoch, antwortete Pfasse: „Es sind thatsächlich von einem Geschäft dieser Art, welches viel infirre, 5 Prozent geboten.“

Wenn nun aber mein nächster Nachbar oder ein anderer, falls ich mich zu 5 Prozent verstehen würde, 6, 7 und mehr Prozente bieten würde, was würde aus unserm Abkommen?“ Pfasse: „Ich würde, da ein Vertrag auf 14tägige Kündigung besteht, Ihnen freistellen, ebenjodiel zu geben oder kündigt.“

„Dies würde ja aber eine Schraube ohne Ende werden und die Geschäfte, welche keine Rabatte geben, würden leerer und leerer werden und untergehen.“

Pfasse: „Gewiss, ich habe ja dann alle Fäden in der Hand.“

„Ja, dies leuchtet mir ein, aber was bleibt denn für Sie, muß ich Ihnen dann auch noch Prozente geben?“

Pfasse: „Nein, ich ziehe mir z. B. von 5 Prozent 1, von 10 Prozent 2 u. f. w. gleich ab!“

„Sie würden sich da allerdings ein Neben-

einkommen von 7—800 Mark pro Jahr verschaffen.“

Pfasse: „Wo denken Sie hin, — bequem 750 Mark monatlich. Rechnen Sie nur, daß ich mit Leichtigkeit 1000 Familien zusammenbekomme, jede Familie kauft ihre Bedürfnisse von schlecht gerechnet monatlich 75 Mark, — macht selbst bei nur 10 Prozent 750 Mark monatlich für mich u. f. w.“

Wir unterseits können den Herren Gewerbetreibenden aller Art nur empfehlen, sich trotz dieses Schreibens des Herrn Pfasse nicht zu Schritten verleiten zu lassen, die trotz des wunden fraglichen größeren Umlages mit ihrem eigenen Ruin fast gleichbedeutend sein würde.

Der neu gegründete Gewerbeverein der Mittelstände, den Ihr Euch anschließen mögt, um Eure Klagen vorzubringen, wird Euch von der anderen Seite, falls Ihr Euch verleiten laßt, wohl auf die Finger sehen.

Schlimm genug, daß solche Auswüchse überhaupt geistigt werden, — darum Ihr Handwerker und Gewerbetreibende aller Art, schließt Euch zusammen und schließt selbst Eure Existenz und Euer Heim!

Der Mittelstand ist ein kräftiger Wall gegen die Verdrängungen der Sozialisten. Dieser Wall, er wird mit Hilfe hoher Beamter, welche zuerst unberechtigte Vorteile in Form von Rabattstücken verlangen und theilweise erhalten, durchbrochen werden — und fallen.

Der Mittelstand, auf solche Weise vernichtet, wird die Sozialdemokraten vermehren und stärken. Noch ist es Zeit! — Man suche den Kaufmann, den Handwerker, überhaupt den Mittelstand zu erhalten und zu kräftigen und die Sozialdemokratie wird nie und nimmer gefährlich werden.

Gebe man den Beamten ein auskömmliches Gehalt (wogu jeder Gewerbetreibende nach seinen Verhältnissen beitragen wird), aber Geschäfte lasse man den Geschäftslenten zukommen.

Der alte preussische Spruch „Jedem das Seine“ und das Kaiserwort „Ich will, daß der Mittelstand erhalten bleibe“, dürfen keine Phrasen werden, sie werden aber im Munde der Beamtenvereine als Gewerbetreibende geradezu zum Hohn.

Der Verein beschloß endlich noch, dem Abgeordneten für Witten Herrn Fuchs eine Zustimmungsschreiben für seine tapfere Haltung in der Sitzung vom 11. v. M., betreffend den Witterer Werstätten-Konsumverein, zu übermitteln.“

Wir möchten als Redaktion hierzu noch Folgendes bemerken. Die Beamtenvereine, die Konsumvereine, die Waarenhäuser für Offiziere, Beamte, Aerzte, Juristen u. f. w. bilden ja offenbar für den gewerbetätigen Mittelstand eine große Gefahr. Es ist selbstverständlich, daß jeder dieser Vereine, jedes dieser Waarenhäuser, indem es den Offizieren, Beamten u. f. w. den Bezug aller ihrer Bedürfnisse vermittelt, eine ganze Reihe Existenzen des Mittelstandes schädigt, ja überflüssig macht. Insbesondere bürden die Kadenbesitzer allen Grund haben, eine Konkurrenz mit den Konsumvereinen, Beamtenvereinen, sowie auch namentlich mit den großen — auch für den hiesigen Platz — projektirten Waarenhäusern nicht leicht zu nehmen. Ebenso hat ferner auch der einzelne selbstständige Handwerker allen Grund, den Beamtenvereinen und den etwaigen Waarenhäusern gegenüber schon jetzt Stellung zu nehmen. Denn wie die Verhältnisse einmal liegen, wird sich der einzelne selbstständige Handwerker wohl kaum mit dem Gedanken trösten dürfen, daß solche Waarenhäuser von ihm kaufen; es liegt in der Natur der Sache, daß diese ihre Einkäufe nicht bei dem einzelnen selbstständigen Handwerker, sondern bei mit großem Kapital arbeitenden Fabriken u. f. w. machen. Es ist daher der Ruf zum Sammeln für den gewerbetätigen Mittelstand, welchen der Verein Stettiner Kaufleute auf neue ertönen läßt, ein überaus gerechtfertigter! Es wird sich darum handeln, diesen Verdrängungen, welche durch Schaffung großer Waarenhäuser, großer Verkaufvereine für einzelne Städte, den Kadenbesitzer, den selbstständigen Handwerker brodeln machen wollen, ein Gegengewicht entgegen zu stellen. Es wird sich darum handeln, diejenigen Theile des Mittelstandes, welche durch diese Verdrängungen besonders bedroht sind, die Kadenbesitzer, die Handwerker und die Hausbesitzer — denn auch diese sind durch Unternehmungen ähnlicher Art, wie sie jetzt z. B. hier durch den Bau- und Sparverein beabsichtigt worden, in ihrer Existenz bedroht — zu sammeln und mit dieser nach tausenden von Köpfen zählenden Menge nöthigenfalls eine Gegenorganisation zu schaffen. Denn wer will es dem Gewerbetreibenden verhehlen, daß auch er nur einen Arzt aufsucht, der nicht als Mitglied eines großen Waarenhauses für Aerzte mit an dem Ruin des selbstständigen Gewerbes arbeitet, oder wer will es ihm verhehlen, wenn er nur dem Rechtsanwalte seine Prozesse zu führen giebt, der seinen Bureau- und sonstigen Bedarf nicht bei einem großen Waarenhause für Juristen deckt, sondern auch seinerseits wieder dem Gewerbetreibenden etwas zukommen läßt. Wer will es dieser Gegenorganisation schließlich verhehlen, wenn sie noch einen Schritt weiter geht, und ihre Tausende von Mitglieder sowie deren Frauen und Angehörigen verpflegt, nicht bei Firmen zu kaufen, welche in irgend einer Weise mit Beamtenvereinen, Konsumvereinen oder Waarenhäuser für einzelne Berufsarten in Verbindung stehen. Noch ist es vielleicht gut, uns diese gegenseitigen Kämpfe eripart zu sehen; aber der Stein ist durch den Verein der Stettiner Kaufleute — und man kann ihm nur Dank dafür wissen, daß er im Interesse des gefährdeten Mittelstandes die ersten Schritte that — bereits ins Rollen gebracht; noch ein weiterer Anstoß und er wird sicher zur Kavine anwachen.

Was dagegen den Pfasse'schen Fall selbst anlangt, so vermögen wir darin eine sonderlich ernste Gefahr nicht zu erblicken. Es hat immer Menschenfreunde gegeben, welche es nicht verschmähen, auf Kosten ihrer Mitmenschen zu leben. Auch bei dem hiesigen Grundbesitzerverein meldeten sich solche Menschenfreunde, welche das Vermieten der Wohnungen gegen Provision übernehmen wollten. Da aber die Herren keinerlei Sicherheit und Gewähr für ihr wirkliches Vermögen übernehmen konnten, so hat man sie selbstredend einfach ausgelacht. Auch Herr Pfasse übernimmt ja in seinem Schreiben keinerlei bestimmte Gegenleistung, er will

keinen Kaufmann! Was Herr Pfasse will, ist so durchsichtig, daß man einfach darüber lachen sollte. Will der Verein der Stettiner Kaufleute Herrn Pfasse aber ernst nehmen, so möchten wir dem Verein empfehlen, daß er: 1) bei der Polizei antrage, ob Herr Pfasse den Verein, der ja nach seinem Schreiben schon ca. 100 Theilnehmer umfaßt, daselbst schon angemeldet hat und wenn das, wie wir vermuten, nicht der Fall sein sollte, gegen Herrn Pfasse und alle etwaige hundert Genossen wegen Verstoß gegen das Vereinsgesetz vorgeht, und daß er 2) das Schreiben des Herrn Pfasse der hiesigen königlichen Staatsanwaltschaft übergibt und so Herrn Pfasse Gelegenheit giebt, den Beweis zu führen, ob die beiden in dem Schreiben behaupteten Thatsachen, daß die Vereinigung schon jetzt ca. 100 Mitglieder umfaßt und daß ihm von einem Kolonialwarenhändler ein Rabatt von 8 Prozent zugestanden ist — auf Wahrheit beruhen; oder ob sie etwa eine Vorspiegelung falscher Thatsachen enthalten, um Herrn Pfasse einen pekuniären Vortheil zu verschaffen.

— Der Minister des Innern läßt, wie die „Saaleztg.“ wenigstens berichtet, gegenwärtig Erhebungen durch die Aufstichtsberechnungen darüber anstellen, inwiefern es sich wohl empfehlen dürfte, Flaschenhändler denjenigen Gewerbetreibenden anzureihen, Tröbler u. dgl., die nach § 35 der Gewerbeordnung einer polizeilichen Erlaubnis zur Ausübung ihres Gewerbes bedürfen.

— Die erste Operetten-Novität der Saison gelangt am morgigen Sonntag im Wellentheater zur ersten Aufführung, es ist „Freu und Felix“ von Rich. Genée. Die Hauptrollen liegen in den Händen der Damen Fräul. Kahler und Kaps und der Herrn Elmhorst, Bezold und Worms.

Für Stettin ist die Errichtung einer 13. Apotheke genehmigt worden und zwar auf der Diste des Paradesplatzes zwischen der Breitenstraße und der Spigasse. Geeignete Bewerber um die Konzeption können sich beim Herrn Regierungspräsidenten bis zum 30. Juni d. J. schriftlich melden.

Nach einer solchen vorgenommenen amtlichen Untersuchung enthält das Wasser der hiesigen städtischen Leitung in 100 000 Theilen 7,50 Theile organischer Substanzen.

— (Personal-Chronik.) Der Gerichts-Referendar a. D. Dr. jur. Tiemann ist zum Regierungs-Referendar bei der königlichen Regierung zu Stettin ernannt worden. — Der königliche Seelsofte Michael Friedrich August Schmidt zu Swinemünde ist mit dem 1. April d. J. in den nachgeordneten Ruhestand getreten. — Der königliche Seelsofte Friedrich Wilhelm Voß zu Swinemünde ist mit dem 1. April d. J. in den nachgeordneten Ruhestand getreten. — Der Militärärzter Erich Zimmermann ist als Stabsarzt bei der königlichen Polizei-Direktion zu Stettin angestellt worden. — Im Kreise Naugard ist für den Stabsamtsbezirk Walsleben der Bauerhofbesitzer Eduard Wedder zu Walsleben zum Stellvertreter des Stabsamtsbeamten ernannt. — An dem königlichen Gymnasium zu Pyritz ist der bisherige Lehrer am Gymnasium zu Belgard Julius Zimmermann vom 1. Juli d. J. ab als Lehrer angestellt.

## Aus den Provinzen.

Stargard, 25. Mai. Ueber das Vermögen des Wälbenscheiters Ferdinand Hildebrandt zu Blumberg ist das Konkursverfahren eröffnet. Zum Verwalter der Masse ist der hiesige Kaufmann Piaschewsky ernannt. Anmeldefrist 23. Juni.

Kammin, 25. Mai. Ein schwerer Schicksalstag hat die Familie des hiesigen Tischhändlers Wilhelm Hübke betroffen, indem der Mittelsöhne derselben heute gemeinsam einen plötzlichen Tod fanden. Der Vater des L. war aus Duffin zum Besuch eingetroffen, und mit diesem machte heute Mittag Frau Hübke mit zwei Töchtern und einem älteren Bruder eine Seegefahrt. Sie hatten sich jedoch noch nicht 100 Schritt vom Ufer entfernt, so kenterte das Boot und die Insassen fielen ins Wasser, wobei der alte Vater, Frau Hübke und die 6 Jahre alte Tochter ihren Tod fanden.

Veris, 25. Mai. Gestern fand die Einführung unseres neu ernannten Bürgermeisters, Dr. Weiße, bisher Amtsanwalt in Stettin, durch den Regierungs-Präsidenten Herrn Dr. v. Krenin aus Stralsund statt.

Stralsund, 24. Mai. Vor einigen Tagen konnten wir berichten, so schreibt der „Straß. Anz.“, daß das neue Wasserwerk in Betrieb gesetzt sei und das „große Werk“ als ein gelungenes betrachtet werden könne. Ganz Stralsund war voller Jubel, nimmst trinkbares Wasser in ausreichender Menge zu haben; nach kurzer Zeit wurde aber die Freude schon in etwas gedämpft, als eine Warnung vor Wasservergeudung und gleich nachher die Mitteilung bekannt gemacht wurde, daß in den Nachtstunden kein Wasser mehr aus der Leitung abgelassen werde. Seit gestern Mittag verjagt nun aber unsere ganze Zeitung und Stralsund ist vollständig aus dem Trockene gesetzt; nicht nur in den Haushaltungen wird der Wassermangel empfindlich vermisst, weit mehr noch sind die Gewerbebetriebe, welche auf größeren Wasserverbrauch angewiesen sind, durch den plötzlichen und noch bis zur Stunde anhaltenden Anfall in Unlegenheiten gebracht. Wie wir hören, sollen die drei in Gebrauch genommenen Filter bereits so verstopft sein, daß man mit der Reinigung eines derselben hat vorgehen müssen. Ein Glück, daß seit gestern kein Brand in unserer Stadt entzündet ist, die Größe des Unglücks wäre bei dem gänzlichen Wassermangel unberechenbar gewesen. Wie durch Plakate schon bekannt gemacht wird, soll bis auf Weiteres „unfiltrirtes“ Wasser in die Leitung gelassen werden.

Stralsburg 11. M., 25. Mai. In einem seltenen Fall hatten sich gestern alle Kreise unserer Stadt vereint und auch aus der Umgegend war die Bevölkerung in Scharen hier eingetroffen und fremde Schilgengilden hatten sich als Gäste eingestellt. Es galt die Feier des 47jährigen Jubiläums der hiesigen Schilgenkompanie und war Alles aufgeboten worden, dieselbe würdig zu gestalten. Die Stadt zeigte überall Festeschmuck; Laubgewinde, Fahnen und Transparente zierten die Häuser und schon in den Morgenstunden machte sich ein bewegtes Leben bemerkbar, welches sich fortgesetzt vergrößerte, als die fremden Gäste eintrafen und sich die hiesigen Vereine zum Festzug sammelten. Dieser setzte sich gegen 10½ Uhr



bestätigt es sich, daß ein Attentat gegen den  
Zaren anlässlich der Manöver bei Smolensk ge-  
plant worden sei und daß der Eisenbahndamm  
der Drel-Witebsker Bahn schon zum Theil unter-  
minirt war. Der Zar wird daher den dortigen  
Manövern nicht beizuohnen.